

Nr. **XIX. GP-NR**
1353 /J
1995-06-22

ANFRAGE

des Abgeordneten Van der Bellen, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend (personal-)politische Maßnahmen in der ÖMV

Durch die Geschichte der österreichischen verstaatlichten Industrie zieht sich seit Jahrzehnten die Frage, ob "der Staat" seine Eigentümerrolle in geeigneter Form wahrnimmt, und darunter auch die Frage, ob in personalpolitischen Fragen zuviel Einfluß genommen wird. Vor kurzem wurden die Vorstandsverträge für die Leitung der OMV (früher: ÖMV) verlängert. In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE:

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:

1. Warum wurden die Vorstandsverträge von Generaldirektor R. Schenz, Finanzvorstand W. Ruttenstorfer und Personalvorstand W. Hatak um 5 Jahre verlängert, jener von Vorstandsmitglied K. Bushati aber um 1,5 Jahre?
2. Warum wurde mit der Verlängerung der Vorstandsverträge bis zum letztmöglichen Moment zugewartet?
3. Besteht ein Zusammenhang zwischen der Verzögerung bei der Verlängerung der Vorstandsverträge und dem allfälligen Wunsch des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, eine bestimmte Person als Nachfolger von Herrn Bushati oder als fünftes Vorstandsmitglied in den Vorstand der OMV zu hieven?
4. Ist es richtig, daß zwischen dem (dafür zuständigen) Aufsichtsrat der OMV und dem Bundesminister unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, wer als für den Raffineriebereich zuständiges Vorstandsmitglied in den Vorstand der OMV einziehen soll?
5. Gehört die vom Bundesminister (aber nicht vom Aufsichtsrat) präferierte Person, die als fünftes Mitglied in den Vorstand der OMV einziehen soll, der SPÖ an?

6. Ist es richtig, daß sich die Vertreter der arabischen Minderheitsaktionäre angesichts des Drucks des Bundesministers, eine bestimmte Person entgegen den Präferenzen des Aufsichtsrats als Vorstandsmitglied durchzusetzen, veranlaßt sahen, mit ihrem Ausscheiden aus der OMV zu drohen?
7. Glaubt der Bundesminister als Eigentümerversor (bzw. als Vertreter des größten Aktionärs), daß es den Interessen der OMV entspricht, auf diese Weise Einfluß auf die personalpolitischen Entscheidungen des dafür laut Aktienrecht zuständigen Aufsichtsrats zu nehmen?
8. Wenn der Bundesminister in derart wesentlichen Fragen, wie es die Besetzung des Vorstands eines der wichtigsten Industrieunternehmen Österreichs ist, meint, von der Auffassung des Aufsichtsrats abweichen zu müssen, wieso verändert er dann nicht die Zusammensetzung des Aufsichtsrats, sondern übt informellen Druck aus?